

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU

– Drucksache 20/4046 –

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Europawahlgesetzes

A. Problem

Mit dem Inkrafttreten des Beschlusses des Rates vom 13. Juli 2018 zur Änderung des Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments vom 20. September 1976 ist Deutschland verpflichtet, eine Mindestschwelle für die Sitzvergabe von nicht weniger als 2 Prozent festzulegen.

Eine Mindestschwelle für die Sitzvergabe gibt es im deutschen Europawahlrecht nicht mehr, seit das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 26. Februar 2014 (BVerfGE 135, 259) die in § 2 Absatz 7 des Europawahlgesetzes (EuWG) geregelte Sperrklausel mangels verbindlicher europarechtlicher Vorgaben für mit Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig erklärt hat.

B. Lösung

Der Entwurf sieht vor, dass bei der Verteilung der in der Bundesrepublik Deutschland zu vergebenden Sitze nur Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die mindestens 2 Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben.

Damit wird die Pflicht aus dem durch Beschluss des Rates vom 13. Juli 2018 neu gefassten Artikel 3 Absatz 2 des EU-Wahlakts erfüllt, wonach in Mitgliedstaaten, in denen im Wahlgebiet mehr als 35 Sitze zu vergeben sind, eine Mindestschwelle von nicht weniger als 2 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen festzulegen ist.

Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/4046 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2023

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Dr. Lars Castellucci
Stellvertretender Vorsitzender

Carmen Wegge
Berichterstatterin

Ansgar Heveling
Berichterstatter

Alexander Hoffmann
Berichterstatter

Marcel Emmerich
Berichterstatter

Konstantin Kuhle
Berichterstatter

Dr. Christian Wirth
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Carmen Wegge, Ansgar Heveling, Alexander Hoffmann, Marcel Emmerich, Konstantin Kuhle, Dr. Christian Wirth und Petra Pau

I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 20/4046** wurde in der 63. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 2022 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 29. Sitzung am 9. November 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/4046 empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 42. Sitzung am 14. Juni 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/4046 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/4046 in seiner 42. Sitzung am 14. Juni 2023 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 20/6821 und dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/4045, die dem Ausschuss für Inneres und Heimat zur Mitberatung überwiesen waren.

Der Gesetzentwurf war zuvor Gegenstand der vom Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union am 12. Juni 2023 mit fünf Sachverständigen durchgeführten öffentlichen Anhörung über allgemeine unmittelbare Wahlen der Mitglieder des EU-Parlaments (Protokoll 20/41).

Berlin, den 14. Juni 2023

Carmen Wegge
Berichterstatlerin

Ansgar Heveling
Berichterstatter

Alexander Hoffmann
Berichterstatter

Marcel Emmerich
Berichterstatter

Konstantin Kuhle
Berichterstatter

Dr. Christian Wirth
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatlerin